

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Pb-10-86/20

Aktenzeichen:

Amt: Ordnung, Soziales, Personal,
Organisation
Datum: 16.11.2020
Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

☒

nicht öffentl. Sitzung

Betreff: Bestätigung der überplanmäßigen Ausgabe zur Zahlung des Kostenausgleiches**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen:**Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €Finanzierung € Objektbezogene €
Eigenanteil: Einnahmen: Haushaltsbelastung: €Veranschlagung: mit €Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH: **geprüft und bestätigt:**_____
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**_____
Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
GV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
Unterschrift / Datum:_____
Vorsitzender der GV

Beschluss-Nr.: Pb-10-86/20

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung Planebruch beschließt die überplanmäßige Ausgabe von

20.000,00 Euro im Produktkonto 36510.531200

für den Kostenausgleich gemäß § 16 Abs. 5 Kitagesetz (KitaG)

Zur Deckung werden finanzielle Mittel aus dem Deckungskreis der Personalkosten (50....) in Höhe von 20T€ verwendet.

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Begründung

Aus der Gemeinde Planebruch nehmen Familien mit ihren Kindern auch die Angebote in der Stadt Brück bei den Freien Trägern, Kindertagesstätte „Hasenbande“ Johanniter e.V. und Kindertagesstätte „BRÜCKenbogen“ Wir e.V. in Anspruch. Die geplanten Gesamtkosten für das Jahr 2020 reichen daher nicht aus.

Für die Finanzierung der Entgeltberechnungen aus anderen Gemeinden werden zusätzlich ca. 20 T€ benötigt.

Folgende Deckung ist vorgesehen:

Deckungskreis Personalkosten (50)

20.000,00 Euro (Einsparung)

Bisher wurden in den Produktkonten 36510.531200 (Gemeinden) und 36510.531800 (Freie Träger) insgesamt 37.174,99 € ausgezahlt, eingeplant wurden insgesamt 50 T€. Der Differenzbetrag in Höhe von 12.825,01 € und der zusätzliche Betrag in Höhe von 20 T€ werden bis Jahresende noch für die Finanzierung der Entgeltberechnungen benötigt.